

<Die Krise der direkten Demokratie>

Autor(en): Carl Miville-Seiler

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1977

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/9b4a9352-af20-405f-89b3-8f0dbaf0a501>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Carl Miville-Seiler

«Die Krise der direkten Demokratie»

Unter dem Titel «Die Krise der direkten Demokratie» führte die «Basler Zeitung» in der Zeit vom 2. Juli bis 10. August 1977 eine «Forums-Diskussion» durch. Sie bezog sich auf Feststellungen, die ich in meiner am 12. Mai 1977 gehaltenen Rede zum Antritt des Amtes als Grossratspräsident gemacht hatte und die sich auf das «Schicksal der Demokratie und der individuellen Freiheit in der modernen Industriegesellschaft» bezogen. Diese Feststellungen gingen aus von Erfahrungen, die ich in einer gute drei Jahrzehnte umfassenden politischen Tätigkeit gemacht zu haben glaube (ich drücke mich vorsichtig aus, weil ich um den begrenzten Aussagewert von Erfahrungen weiss. Diese stellen ja mitunter nicht nur eine Bereicherung, sondern auch eine Belastung dar.)

Anlass zu meinen in der Folge umfassend und kontrovers diskutierten Äusserungen war die Besorgnis über die offenkundige Krise unseres demokratischen Systems. Vor gut zwölf Jahren hat der leider allzufrüh verstorbene Basler Staatsrechts-Professor Max Imboden seine Schrift über das «Helvetische Malaise» veröffentlicht. Er beklagte damals die wachsende Entfremdung zwischen Volk und Behörden, die zunehmende Verweigerung der demokratischen Teilnahme seitens unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir alle können mit Leichtigkeit feststellen, dass sich die von Imboden kritisierte Situation seither nicht verbessert hat, trotz einem gewissen

Aufbruch von kleinen Teilen der Jugend in den letzten Jahren, und trotz der Aktivität von Bürgerinitiativen auf begrenzten Teilgebieten des öffentlichen Wesens. Im Geschäftsbericht des Bundesrates für 1975 wurden die durchschnittlichen Stimmbeteiligungen nach Fünfjahresperioden untersucht. Dabei zeigte sich ein klarer und ununterbrochener Rückgang der durchschnittlichen Stimmbeteiligung, der sich nun bereits über fünf Fünfjahresperioden erstreckt.

*Aber es geht um mehr
als um die Stimmbeteiligung*

Es geht darum, dass die direkte Demokratie schweizerischer Prägung auf einer Verantwortung aller für die Belange der Gemeinschaft beruht und dass allzuvielen an dieser Verantwortung nicht mehr teilhaben wollen – oder können. Ich halte das für gefährlich. «Schweigende Mehrheiten bergen die Gefahr in sich, dass der Volkswille durch wohlorganisierte, zielstrebige Minderheiten unterwandert bzw. verfälscht wird» (Bundeskanzler Dr. Karl Huber). Schlechte Stimmbeteiligungen führen tendenziell zur Blockierung notwendiger Fortschritte durch solche Minderheiten. So ist am 13. Juni 1976 – und hier lag einer der Auslösfaktoren zu meiner Rede – nach gründlichster, kostspieligster und zeitraubendster Arbeit von Kommissionen und Experten ein im Interesse des Ganzen dringend erforderlicher

Raumplanungs-Artikel der Bundesverfassung von knapp einem Fünftel der schweizerischen Stimmberechtigten bachab geschickt worden. Mit solchen Bremsungen des parlamentarischen und exekutiven Handelns wird unser Land im Hinblick auf eine effektive Lösung der auf uns zukommenden Probleme einer modernen Industriegesellschaft immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Bedenklich ist aber auch die wachsende Distanz zwischen Bürger und Staat, für welches «Grundleiden» die unbefriedigenden Stimmbeteiligungen nur Symptome sind. Einerseits haben die Bürger das Gemeinwesen in seinen Eigenschaften als «sozialen Rechtsstaat» und als «Leistungsstaat» bald für alles verantwortlich gemacht, andererseits ärgern sie sich über staatliche Machtzunahme und wachsende Bürokratie, empfinden sie den Staat als undurchschaubar, fremd, anonym, ja oft als feindlich. Dabei fehlt es keineswegs an Information. Aber die Dinge, über die informiert werden muss, sind zu kompliziert geworden. Und so gelangte ich zur Frage – an mich selbst und an den Grossen Rat –, ob der einzelne Bürger durch die heute praktizierte Demokratie nicht überfordert werde, ja, ob nicht vielleicht die grosse Zeit unserer Demokratie, jedenfalls der direkten Demokratie, vorbei sei? Bejaht man diese Frage, so müssen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Der Bürger und «sein» Staat

Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass der Staat ein zu grosses und zu kompliziertes Gebilde geworden ist, als dass sich noch ein Grossteil der Bürger mit ihm identifizieren kann. Die Haltung diesem Riesengebilde gegenüber ist distanziert, oft misstrauisch – aber eindeutig fordernd. Nur noch eine kleine Minderheit politisiert aktiv. Die Mitgliederzahlen der Parteien sind klein, ihre effek-

tiven Möglichkeiten politischer Gestaltung erbärmlich. Der politisierende Biertisch – zu Unrecht verachtet – gehört der Vergangenheit an. Des Bürgers Sorgen konzentrieren sich nicht mehr wie seinerzeit im Dorf und in der kleinen Stadt auf die öffentlichen Dinge. In der grossen – und das heisst ja weitgehend auch beziehungslosen – Stadt und in den Agglomerationen gilt sein Interesse vielmehr den privaten Dingen, dem Arbeitsplatz und dem vermeintlich individuellen Komfort, allenfalls noch der neuen Autobahn, der städtischen Verkehrsordnung, dem nahen Kernkraftwerk oder dem Strassenlärm. Und genau bezüglich dieser Probleme ist sein Entscheidungsbereich an der Urne äusserst begrenzt. Die Entfremdung zwischen Staat und Bürger ist weithin zur eigentlichen Staatsverdrossenheit gediehen. Sie findet ihren Ausdruck in der simplifizierenden Devise: «Die da oben machen ja doch, was sie wollen» - wobei «die da oben» alle sind, die wirklich oder auch nur scheinbar Einfluss auf Staat und Wirtschaft haben.

Die Information erreicht trotz modernen Massenmedien und Presse – zum Teil auch wegen ihnen – nur noch eine Elite. Zu bedeutenden Sachfragen kommt nicht mehr den Parteien, sondern den Wirtschaftsverbänden das entscheidende Wort zu. Jede Bürgerinitiative sammelt heute für ein aktuelles Anliegen in kurzer Zeit mehr Anhänger als alle politischen Parteien zusammen. Wo sich Bürger noch engagieren, geschieht dies zur Wahrung handfester Interessen oder im Erleben konkreter Sachbereiche, aber kaum mehr in Anlehnung an schwer verständlich gewordene Gesinnungen, Ideologien und Theorien. Schon gar nicht in Anlehnung an Parteiprogramme. Dazu haben die Politiker ihr Teil beigetragen. Auf der allseitigen Jagd nach der Wählergunst haben sie ihre Äusse-

rungen immer mehr nach dem gerichtet, was die Leute von ihnen hören wollten, haben sie ihre Programme sozusagen demoskopisch frisiert. Wo waren die Politiker, die in der Periode des Super-Wachstums und der Inflation die wirkliche Einschränkung, z.B. Steu-
erhöhungen, zu fordern wagten? Wo werden wir in Zukunft die Demokraten finden, die sich zu einer Politik des Verzichts zu bekennen wagen, dort, wo sich dieser Verzicht zugunsten der Hungrigen auf dieser Welt, zugunsten der grossen Gemeinschaftsaufgaben, zugunsten der Umwelt usw. aufdrängt? Zu wenige erkennen den entscheidenden Unterschied zwischen Politik und Innenarchitektur, der darin liegt, dass Politik nicht vor allem auf Bequemlichkeit ausgerichtet sein darf.

Geht nichts mehr?

Eine verhängnisvolle Rolle spielt das unbestimmte, aber berechtigte Gefühl vieler Leute, dass sie einerseits mit völlig unbegreiflichen Dingen konfrontiert werden – man denke z.B. an einen Konjunkturartikel der Bundesverfassung –, während sie andererseits zu Autobahnen, zu Atomkraftwerken oder zu einem Furkatunnel nichts zu sagen haben. Im weiteren spüren wir, dass wir auf unserer Insel Schweiz wichtige Entscheidungen letztlich gar nicht mehr autonom fällen können, sondern mehr und mehr internationalen, ja sogar globalen Zwängen ausgesetzt sind. Dabei macht unser demokratisches System erst noch besondere Schwierigkeiten bezüglich des Verständnisses und der Durchschaubarkeit, bietet es doch das oft verwirrende Bild einer Konkordanzdemokratie mit ständig wechselnden Fronten. Wo die Bürger vielleicht noch Aufklärung entgegennehmen würden, sind sie einseitigen Propagandafluten ausgesetzt, wo sie auf Parteien warten,

melden sich finanzstarke Komitees zum Wort.

Den Rest besorgt die steigende Kadenz der Urnengänge. Zwischen 1891 und 1930 wurden pro Jahrzehnt durchschnittlich 6,5 schweizerische Volksinitiativen eingereicht, in der Zeitspanne von 1971 bis 1977 dagegen allein 16, während etwa 20 neue angekündigt sind. Im Herbst 1977 waren insgesamt sechs eidgenössische Referenden «unterwegs», d.h. angekündigt. Aber auch die Vorlagen der Behörden nehmen ständig zu. Am Wochenende des 23. bis 25. September 1977 wurde der Bürger im Kanton Basel-Stadt dazu aufgerufen, sechs eidgenössische und drei kantonale Urnenentscheide zu fällen; in Riehen kam noch eine Gemeindeabstimmung dazu. Wo sollte da der «Souverän» neben den Anforderungen des Berufs, der Familie, der ausserberuflichen Verpflichtungen und der heute besonders «anstrengenden» Freizeit noch die Musse hernehmen, sich über all das so weit zu informieren, dass er in voller Verantwortung entscheiden konnte? Unter solchen Bedingungen wird, ganz besonders in unserem Zeitalter der «motorisierten Wochenend-Gesellschaft», die helvetische Schulbuch-Demokratie zur Illusion.

In den Jahren 1911 bis 1913 – um, wahllos herausgegriffen, drei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zum Vergleich heranzuziehen – hatte der baselstädtische Stimmberechtigte über zwei eidgenössische und über sieben kantonale Abstimmungsvorlagen zu entscheiden. In den Jahren 1975 bis 1977 wurden ihm sage und schreibe 34 eidgenössische und 25 kantonale Abstimmungsgeschäfte unterbreitet.

«Die Entscheidungen, die der Souverän heute trifft, sind kaum mehr politisch im qualifizierten Sinne, sondern Äusserungen

der Unlust an der Politik» (Prof. Adolf Muschg). «Nichts geht mehr – überhaupt nichts. Das Volk lehnt den Fortschritt ab – immer und lückenlos» (Roger Schawinski). Äusserungen dieser Art zeigen, dass man den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen sollte.

Parlamentarische Demokratie

Im Buch «Ist Demokratie Luxus?» (Walter-Verlag, 1977) schreibt Prof. Adolf Muschg, ein fortschrittlich gesinnter Mann, den man nicht so leicht als Anti-Demokraten wird disqualifizieren können: «Ein Stimmvolk, das nur noch auf seine Überforderung reagiert, wird reaktionär. Die Mittel der direkten Demokratie sind Hebel der Ressentiments geworden, denen Regierung und Parlament zuwiderhandeln müssen, wenn sie überhaupt noch handeln wollen. Ich glaube in der Tat, dass wir die Roskur einer parlamentarischen Demokratie brauchen.»

Parlamentarische Demokratie; das heisst: man wählt Behörden und lässt diese im wesentlichen handeln, bis man sie bei der nächsten Wahl neu zusammensetzt. Ein Schritt in dieser Richtung scheint unerlässlich. Ich bin davon überzeugt, dass auch in Zukunft leider nur ein Teil der Bürger, womöglich ein noch kleinerer Teil als heute, erstens «drauskommt» und zweitens sich am öffentlichen Geschehen beteiligen will. Vielleicht muss einem Teil dieser Bürger auch das Recht zugebilligt werden, von den Politikern und ihren Anliegen unbehelligt zu bleiben. Hingegen sollte man jene Bürger, die sich aktiv mit Politik befassen wollen, frühzeitig in die Planungsprozesse einbeziehen, mit ihnen diskutieren, sie in Parlamenten und Kommissionen auftreten lassen, ihnen das Gefühl der Hilflosigkeit nehmen, von ihrem Mitdenken profitieren, und zwar durchaus im Sinne einer institutionalisierten Einflussnahme. Aus

diesem Grunde befürworte ich die Bestrebungen in Richtung Quartierdemokratie, wobei allerdings nie vergessen werden sollte, dass eine Stadt vor allem ein Ganzes ist und nicht eine Ansammlung von Quartieren und Partikularinteressen. Förderung verdient auch die betriebliche Mitbestimmung, von der mindestens so viel erwartet werden darf wie von Vernehmlassungsverfahren – für Verbandsvorstände.

Von Bedeutung ist: einmal muss der Zeitpunkt des Handelns kommen, das nicht immer wieder aufgehoben werden sollte. Die Möglichkeiten der politischen Führung durch die Regierung und das die staatlichen Aktivitäten kontrollierende Parlament sind zu verstärken. Dem direkten Volksentscheid wären wenige wichtige, sozusagen elementare Geschäfte vorzubehalten. Der Politologe Prof. Alois Riklin erwägt Initiativen, mit denen die Aufträge nur noch ins Parlament hineinzutragen wären, worauf dieses sie endgültig behandelt. Er schreibt von einem Referendum nicht mehr als Instrument des Volkes, sondern von quorenässig qualifizierten Parlamentsminderheiten.

Ein kleiner Schritt ist getan

Zunächst möchte man meinen, Verfassungsrevisionen in diesem Sinne hätten beim Volk überhaupt keine Chance. So hat sich der Basler Staatsrechtsprofessor Kurt Eichenberger im September 1977 folgendermassen geäussert: «Die Reaktionen auf die besorgte Antrittsrede des baselstädtischen Grossratspräsidenten von diesem Frühjahr wird man als symptomatisch bewerten, und diese Reaktionen decken sich mit denen auf ein früheres CVP-Programm und auf analoge Vorschläge einiger Politologen: alles, was nach Abbau der Volksrechte aussieht – selbst wenn es in einem neuen Entscheidungssy-



stem möglicherweise realiter gar kein Abbau wäre – alles, was nach Abbau aussieht, meine ich, hat keine Chance, angenommen zu werden.»

Nun darf ich aber feststellen, dass der Volksentscheid vom 23.–25. September 1977 über die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum diesen Pessimismus widerlegt hat. Das Schweizervolk hat diesem «Abbau» mit etwa 1 Million Ja gegen etwa 800 000 Nein zugestimmt, und auch Basel-Stadt gehörte zu den annehmenden Ständen. Hier hat der Souverän positiv auf seine Überforderung reagiert. Er hat begriffen, dass unsere 1848er-Demokratie Gefahr läuft, ad absurdum zu geraten, die Züge einer Farce anzunehmen und zur Polarisierung zwischen Volk, Parteien und Behörden beizutragen. Denn die ständige Überstrapazierung der direkten Demokratie und des Abstimmungskalenders stärkt unser freiheitliches System nicht; sie höhlt es aus. Die Stärkung ist auf einem anderen Weg zu suchen: durch eine Verwesentlichung der Demokratie, durch Ausdehnung der Bürger-Einflussmöglichkeiten auf weitere Lebensbereiche und auf den Arbeitsplatz, durch Stärkung der Parlamente – auch gegenüber wirtschaftlicher Macht – und durch Beschränkung der direkten Demokratie auf wesentlichste Fragen, über die heute zum Teil nicht abgestimmt wird. Zu erwägen wäre auch die Verkleinerung der Wahlkreise, damit man die Leute, welche in den Behörden wirken sollen, vermehrt persönlich kennenlernen und mit ihnen in Kontakt bleiben kann.

Den Parteien fällt die wichtige Aufgabe zu, stärker miteinander in Konkurrenz zu treten und der Führungsauslese alle Beachtung zu schenken, ohne die Sachgeschäfte zu vernachlässigen. Die Politiker müssen es wagen, den Bürgern in Erinnerung zu rufen, dass

vom Staate nicht nur gefordert, sondern dass für diesen Staat auch geleistet werden muss. Die Frage lautet: wie kann eine pluralistische Demokratie mit unterschiedlicher Interessenvertretung ein Zeitalter überleben, das durch rasche Zunahme der Bevölkerung, Gigantismus des Staates und der Grossunternehmen, Komplizierung aller Verhältnisse und Zusammenhänge sowie durch eine erhebliche Beziehungs-Distanz zwischen dem Bürger einer Konsum-, Verschleiss- und Freizeitgesellschaft und «seinem» Staat gekennzeichnet ist? Ich meine, dass hier die Demokratie nur dann eine Chance hat, wenn sie sich nicht völlig über die Erfordernisse der Effizienz und der Disziplin hinwegsetzt.

Die Diskussion im «BaZ-Forum»

Die Aussprache über meine Thesen wurde im «Forum» der Basler Zeitung so gestaltet, dass sich in der Zeit vom 9. Juli bis 10. August 1977 zuerst Vertreter der neun im Grossen Rat vertretenen Parteien und dann eine grosse Zahl von Lesern äusserten. Wie nicht anders zu erwarten, war die Reaktion überwiegend ablehnend. Nachfolgend seien einige Argumente mir widersprechender Parteipolitiker zusammengefasst.

Eine Verbesserung der von mir analysierten «Krise» sei nur durch saubere Politik und menschliche Bildung möglich. Es seien wieder Möglichkeiten im Sinne des «Biertisches» und der «Tribüne» zu schaffen. Die Presse habe sich seriöser und umfassender der politischen Information anzunehmen. Die Krise sei vor allem eine solche der Regierenden, die an den Auffassungen und wahren Interessen des Volkes vorbeipolitisieren. Permanente Kritik und ständiges Misstrauen gegenüber Legislative und Exekutive seien nötig und dürften nicht erschwert werden. Der politischen Apathie sei nicht durch einen

Abbau der direkten Demokratie zu begegnen, sondern im Gegenteil mit einer Vermehrung der Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten. Ein Parteisprecher erwartete die Belebung der Demokratie durch eine geeinte Linke und Schaffung neuer Mehrheitsverhältnisse; in einer weiteren Stellungnahme wurden mir «reaktionäre Töne» und Übereinstimmung mit den «Demokratieabbauern grossen Stils» vorgeworfen. Baselbieter Politiker schrieben, die Krise der Demokratie sei bloss eine solche des kapitalistischen Systems (wie wenn es heute ausserhalb des Kapitalismus besonders viel Demokratie gäbe!) und diese Krise sei durch eine Kur für die politischen Eliten zu beheben, denn diese müssten wieder lernen, das Gespräch mit den Bürgern zu führen. Der liberale Vertreter hatte sich schon in der Basler Woche vom 20. Mai 1977 geäussert. Seine Auffassung: Korrekturen von Behördenentscheiden durch die Bürger seien überwiegend «heilsam», die Beschneidung des Mitspracherechtes müsste das Misstrauen noch vermehren. Und – konsequent liberal in der genannten Ausgabe der Basler Woche – «Die wirkliche Einschränkung und die Politik des Verzichts, die Miville von den Politikern fordert, dürfen nicht einseitig vom Volk verlangt werden. Es ist vielmehr der Staat und es sind seine Behörden, welche auf diesem Weg vorangehen müssen.»

In vorsichtigen Formulierungen wurde von Parteisprechern auch da und dort etwas Zustimmung in den Stellungnahmen untergebracht. So schloss sich der evangelische Vertreter angesichts einer «materiell orientierten Konsumgesellschaft, die grosse Mühe hat, solidarisch zu leben», der Forderung nach «Besinnung auf das Wesentliche (und das heisst in der Tat Beschränkung der direkten Demokratie)» an, und ein Politiker des

Nachbarkantons votierte für die «Stärkung der Parlamente... unter der Bedingung, dass auch sie nicht gelegentlich der Arroganz der Macht verfallen».

Der weitere Meinungsaustausch unter den Lesern – in deren Reihen noch einige bekannte Politiker mitdiskutierten – verlief in ähnlichen Bahnen. Stellvertretend für den vielstimmigen Chor seien hier zwei Stimmen zitiert. Ein Kaufmann, der Öffentlichkeit bekannt durch unabhängige Stellungnahmen zu öffentlichen Problemen und durch zu meist erfolgreiche Komitee-Kampagnen, bezeichnete zwar meine Diagnose als brillant, befürchtete von meinen Therapievor schlägen aber ein «Berufsparlament mit seiner Anfälligkeit gegenüber wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen». Er zeigte an Beispielen auf, dass Parlamente keineswegs unfehlbar sind und befürwortete «eine totale Revision des Vernehmlassungsverfahrens im breitesten Sinne». Dem Bürger wehe nämlich heute aus den parlamentarischen Instanzen «ein eisiges Windlein der Feindseligkeit, der Besserwisserei, der Ungeduld gegenüber dem ungebetenen Gast» entgegen. Vonnöten sei, so dieser Autor, die Möglichkeit, in Abstimmungen nicht nur ja oder nein zu sagen, sondern in Alternativen die Weichenstellungen vorzunehmen. Andererseits nahm ein im Dienst ergrauter Landbriefträger als «Bürger, der seit 40 Jahren an die Urne geht», mit folgenden Worten Partei für meine Position: «Warum wählen wir unsere Vertreter in die kantonalen, in die eidgenössischen Behörden? Meiner Meinung nach doch wohl, damit diese unsere Abgeordneten für uns einfache Stimmbürger ihren Einsatz in der betreffenden Behörde leisten... Es würde das denn auch bedingen, dass die gefassten Beschlüsse der Wirklichkeit in etwa entsprächen, was ja möglich sein sollte, da in



unseren Parlamenten doch die Vertreter der verschiedensten Ansichten zu Worte kommen. Schliesslich sollten die von uns in die Behörden gewählten Vertreter, die sicher alle einen gesunden Menschenverstand besitzen, auch unser Vertrauen haben. In diesem Zu-

sammenhang würde ich einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Referendum und Initiative zustimmen können. Dass bald wegen jeder kleinen oder kleinsten Änderung in den Gesetzen zur Urne gebeten werden muss, nur weil dieser oder jener von einer

Behörde gefasste Beschluss diesem oder jenem Bürger nicht in den Kram passt, schadet der Sache nur».

Im Sinne einer «Bilanz» wurde mir am 10. August 1977 noch einmal das Wort erteilt: «Das Echo auf meine Rede war mehrheitlich ablehnend. Dabei ging es einem – kleineren – Teil der Politiker weniger darum, mich zu widerlegen, als sich und ihre Parteien in einem demokratisch günstigen Licht zu präsentieren. Das war zu erwarten. Interessant war der Vorwurf, ich hätte reaktionäre Töne von mir gegeben. Er beruht, davon bin ich im tiefsten überzeugt, auf einem Missverständnis... Eine lange Erfahrung hat mir gezeigt, dass heute die politischen Behörden vielfach fortschrittlicher sind als der eher konservative «Souverän». Wo die Linke an den Urnen Erfolge erzielt, geschieht dies im allgemeinen nur dort, wo sie den Egoismus aktivieren kann: gegen Steuern und andere Abgaben. Wirklich fortschrittliche Lösungen im Sinne der Solidarität – IDA-Kredit, Bodenrecht, Raumplanung, Konjunkturpolitik, Mitbestimmung – sind an der direkten Demokratie gescheitert bzw. an den Urnen bachab geschickt worden. Daher verstehe ich die Einwände des liberalen Votanten gegen meine These. Er weiss, dass Privateigentum, Wirtschaftsliberalismus und die Abneigung gegen Experimente beim Stimmvolk immer wieder gross geschrieben werden...»

Wie weiter...?

Im Doppelstab vom 18. Juli 1977 hat sich Dr. Urs Engler vehement mit einigen Kritikern meiner Darstellung auseinandergesetzt: «Von der Mitte links bis Mitte rechts findet Mivilles Analyse der Lage im allgemeinen Zustimmung. Versagt aber bleibt ihm die Gefolgschaft dort, wo er Rezepte vorschlägt: Auf dem Weg zur parlamentarischen Demo-

kratie möchte ihn kaum jemand begleiten. Dafür spricht man unverbindlich von einer Neubelebung der «Biertischpolitik», von der Bedeutung der politischen Bildung und von anderen zwar richtigen, aber altbekannten Postulaten. Die Scheu vor einem Bekenntnis zu institutionellen Änderungen ist unverkennbar. Gehört auch sie ins Kapitel der «demoskopisch frisierten Programme»?» Andererseits gab Oskar Reck in der «Basler Zeitung» vom 10. Juni 1977 folgendes zu bedenken: «Unter solchen Voraussetzungen ist an eine Mehrung der direkten Demokratie, wie die ganze Geschichte unseres Bundesstaates sie aufweist, gewiss nicht mehr zu denken. Aber ebensowenig an eine parlamentarische Demokratie nach deutschem oder englischem Muster. Was wir brauchen, sind Korrekturen. Aber auch eine quantitativ reduzierte Demokratie belässt das entscheidende Postulat: der Staats- und Wirtschaftskunde endlich den zentralen Rang zu verschaffen, der für die Praxis der Demokratie unerlässlich ist.»

Dazu müsste ich feststellen, dass man mit Staats- und Wirtschaftskunde gewiss allherhand erreichen kann, aber einiges lässt sich mit ihr nicht herstellen, nämlich: 1. die Intelligenz, die heute ganz einfach nötig ist, um die komplex gewordene politische Materie zu erfassen, 2. die Zeit, die man dazu haben und opfern muss, 3. den Willen und den Einsatz, der dafür verlangt wird, und 4. den wachen Bürgersinn, der Voraussetzung zu dem allem ist. Charaktereigenschaften können nicht erzwungen werden.

Ich bin durch die Gegenargumente nicht überzeugt worden. Ich habe dreissig Jahre lang an die Möglichkeit geglaubt, die Krise mit staatsbürgerlicher Schulung, mit Partei-Bildungskursen, mit Aufklärung durch die Massenmedien, kurz mit Information, Motivierung und

Sensibilisierung zu beheben. Ich glaube nicht mehr daran. Wenn man sieht, dass ein eingeschlagener Weg auf keinen Fall und unter keinen Umständen zum Erfolg führt, dann muss man den Mut aufbringen, diesen Weg zu verlassen. Vor allem ist dies der Fall, wenn sichtbare Veränderungen des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Daseins – in unserem Falle die Beziehungslosigkeit einer Massen- und Konsumgesellschaft des modernen Industriezeitalters – diese altgewohnten Therapien zur offenkundigen Wirkungslosigkeit verurteilen.

In der «Basler Zeitung» vom 8. Oktober 1977 hat Professor Walter Wittmann, Ordinarius für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg, unter anderem folgendes geschrieben: «Es ist geradezu grotesk, der Legislative mangelndes Gewicht gegenüber der Exekutive und dem Bundesrat ungenügende Führung vorzuwerfen, wenn Referenden, Initiativen und Volksabstimmungen seit Jahren die parlamentarischen und bundesrätlichen Bemühungen zunichte machen. Je mehr es mit Referenden gelingt, die im gesamtschweizerischen Interesse liegenden Gesetze und Verfassungsartikel zu Fall zu bringen, desto grösserer Schaden wird unserem Land zugefügt. Mehr als problematisch ist die Initiative insbesondere aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren geworden... Aus der Forschung über Wahlverfahren weiss man (auch für die Praxis), dass das Abstimmungsergebnis u.a. durch die Reihenfolge, in der Volksbegehren zur Abstimmung gelangen, durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zum Wahlzeitpunkt und den zeitlichen Abstand zwischen dem Zustandekommen der Volksbegehren und dem Volksentscheid selbst massgeblich beeinflusst wird. Je stärker solche Faktoren

ins Gewicht fallen, desto mehr wird der Bundesrat zum «Schiedsrichter über Volksbegehren» ...

Schliesslich sollte man nicht fortdauernd darüber hinwegsehen, dass die Wähler öfters – dies bestätigen empirische Untersuchungen – entweder überhaupt nicht oder bestenfalls nur andeutungsweise wissen, worüber sie abstimmen und welche Konsequenzen der Entscheidung für sie selbst hat. Je komplizierter die Sachprobleme, desto mehr wird die direkte Demokratie überfordert. Optimisten mögen darauf hinweisen, dass der Bundesrat zusammen mit den politischen Parteien in der Lage sei, solche Zusammenhänge dem Wähler klarzumachen, so dass ein «sachgerechter» Wahlentscheid zustandekommt. Je weniger es aber zutrifft, desto fragwürdiger wird es, Sachvorlagen direkt dem Volk zu unterbreiten. Wird eine bestimmte Schwelle der Komplexität überschritten, so ist es nur folgerichtig, die indirekte oder parlamentarische Demokratie (auf Bundesebene) einzuführen.»

Ich glaube leider nicht, dass die überbevölkerte und durchtechnisierte Welt von morgen im Zeichen immer grösserer Menschenzusammenballungen sowie der unausbleiblichen «Rationierung» der schwindenden Rohstoffe und Rohwaren eine günstige Voraussetzung für Demokratie darstellt. Der Lebensbereich des einzelnen und seine Entscheidungsbefugnisse sind bedroht. Wenn die Demokratie überleben soll, bedarf sie der Straffung, der Betonung des Gesamtinteresses, des Gleichklangs von Pflichten und Rechten und einer erhöhten Leistungsfähigkeit. Ich bin gewiss, dass die realen Gegebenheiten das von mir zur Diskussion gestellte Thema auch in unserem Lande notwendigerweise zum Objekt gesetzgeberischer Veränderungen machen werden.